

Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen

dbb rheinland-pfalz begrüßt Tarifkompromiss

Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Bei der Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten muss jetzt endlich nachgebessert werden!“



© dbb-rlp

> dbb Landesvorsitzende
Lilli Lenz

Grundsätzlich positiv bewertet der dbb rheinland-pfalz das Ergebnis der dritten Tarifrunde um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen (TVöD).

Nach anfänglicher Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite und massiven Warnstreikaktionen der Arbeitnehmerseite konnte eine Einigung erreicht werden, die aus Sicht des dbb rheinland-pfalz einen tragbaren Kompromiss darstellt, sagte die dbb Landeschefin Lilli Lenz am 18. April 2018.

Der vereinbarte Neuzuschnitt der Entgelttabelle mit diversifizierten Zugewinnquoten und ohne einen allgemeingültigen Anpassungssatz sei im Ergebnis das Äußerste gewesen, was angesichts der Arbeitgebervorbehalte gegen einen starken Sockelbetrag auf die Entgelte zu erreichen war, so die dbb Landesvorsitzende weiter. Auf diese Weise hätten die Tarifpartner den Spagat geschafft, sowohl die unteren als auch die oberen Entgeltgruppen gebührend zu berücksichtigen. Insgesamt sei ein ordentlicher Zuwachs für die Tarifbeschäftigten bei Kommunen und Bund zu verbuchen.

> Weg vom vorletzten Besoldungsrang – sofort!

Klar ist für den dbb Landesbund, dass die Tarifeinigung den Druck auf die Landesregierung und den Besoldungsgesetzgeber in Rheinland-Pfalz massiv erhöht, den unsäglichen vorletzten Platz von Rheinland-Pfalz im Bund-Länder-Besoldungsvergleich nun endlich zu verlassen.

Lilli Lenz: „Man sieht jetzt doch, was andere öffentliche Arbeitgeber als faire, angemessene

Bezahlung einstufen. Da sind die Beamten und Versorgungsempfänger des Landes- und Kommunaldienstes in Rheinland-Pfalz längst abgekoppelt. Das halten wir für fatal. Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst sind so nicht möglich. Unsere Forderung lautet: sechs Prozent zeitlich gestaffelter Rückstandsausgleich. Als erster Aufholschritt müssen ein bis zwei Prozent drin sein – jetzt!“

> Details

So sieht der Potsdamer Tarifkompromiss für die Tarifbeschäftigten bei Kommunen und Bund aus:

- Die Entgelttabelle wird umgebaut und liegt danach im März 2020 um 7,5 Prozent über der alten.
- Die Tabellenwerte werden linear in drei Schritten im Schnitt um 3,19 Prozent (1. März 2018), 3,09 Prozent (1. April 2019) und 1,06 Prozent (1. März 2020) erhöht. Mindestanhebungen von rund 90 Euro bei der ersten und von rund 80 Euro bei der zweiten Steigerung sind vorgesehen.

Der individuelle Zugewinn ist abhängig von Entgeltgruppe und Erfahrungsstufe, in denen sich der einzelne Beschäftigte befindet.

- Es gibt eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro bis einschließlich Entgeltgruppe 6 (1. März 2018).
- Die Auszubildenden- und Praktikantenentgelte erhöhen sich um jeweils 50 Euro (1. März 2018 und 1. März 2019).
- Die Laufzeit beträgt 30 Monate.

Weitere Informationen im Netz unter www.dbb.de.

„Die Verhandlungen waren kompliziert“, sagte die dbb Landeschefin Lilli Lenz. „Ich bin froh, dass sich die Arbeitgeber nach zwei angebotslosen Runden am Ende doch noch besonnen haben. Dazu haben auch unsere zahlreichen bundesweiten Warnstreikaktionen beigetragen (siehe auch Berichte in diesem Heft). Ein großes Dankeschön an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus Rheinland-Pfalz!“ ■

Einkommensrunde 2018

komba unterwegs

Warnstreikaktionen von Frankenthal bis Potsdam

„6 % mehr muss sein!“, mit diesem Slogan machte besonders die Kommunalgewerkschaft komba rheinland-pfalz im dbb zwischen der zweiten Verhandlungsrunde um den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Bundes sowie der Kommunen (TVöD) und der dritten Verhandlungsrunde mobil – im wahrsten Sinne des Wortes.

Nicht nur in Ingelheim (vergleiche „durchblick“ 4/2018, Seite 6), sondern auch in Koblenz, Ludwigshafen, Frankenthal, und – Achtung! – in Potsdam machten komba Einzelmitglieder aus Rheinland-Pfalz ordentlich Rabatz und verschafften ihrem Ärger über die sture Haltung der Arbeitgeberseite Luft.



> Rheinland-Pfalz in Potsdam: komba-Demonstranten begleiten die dritte Verhandlungsrunde.

> Warnstreik in Frankenthal, 23. März 2018

Trotz Dauerregens haben es sich Beschäftigte insbesondere aus den kommunalen Kindertagesstätten nicht nehmen lassen, in Frankenthal per Warnstreik und Kundgebung auf die gewerkschaftlichen Forderungen hinzuweisen mit

dem Ziel, den gewerkschaftlichen und öffentlichen Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber zu erhöhen.

150 Streikende versammelten sich. Ausliegende Streiklisten wurden ausgefüllt. Auch 15 Beamtinnen und Beamte solidarisierten sich in dienstfreier Zeit vor Ort mit ihren Kollegin-

nen und Kollegen aus der Arbeitnehmergruppe.

Der Warnstreik der Beschäftigten beeinträchtigte den Betrieb in allen städtischen Kindertagesstätten. Sieben Kindergärten wurden komplett geschlossen. In den restlichen Einrichtungen herrschte Notbetrieb.

Der Warnstreik erfolgte dabei, wie überall sonst auch, nicht zum Spaß. Ernster Hintergrund war, dass die Arbeitgeberseite es in zwei Verhandlungsrunden nicht zustande gebracht hatte, auf die gewerkschaftlichen Forderungen mit einem eigenen Angebot zu reagieren. Dabei lagen zwischen den Runden gut zwei Wochen und die dbb Forderungen unter der zentralen Formel „6 %, mindestens 200 €“ lagen beim zweiten Termin Mitte März bereits seit fast sechs Wochen auf dem Tisch.

> Warnstreik in Koblenz, Großdemo in Bonn, 11. April 2018

Nach Aufruf durch den komba Stadt- und Kreisverband Koblenz wurden neben der Stadtverwaltung Koblenz und dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein ebenfalls die Stadtverwaltung Vallendar und die Stadtverwaltung Bendorf am



> Wetterfest und sturmerprobt: komba Frankenthal beim Warnstreik.

11. April 2018 ganztägig bestreikt. Sandra Müller, Kreisverbandsvorsitzende und gleichzeitig stellvertretende komba Bundesvorsitzende: „Fatal ist, dass die Arbeitgeber derart mauern und nicht erkennen wollen, dass eine nachhaltige positive Einkommensentwicklung ein wesentlicher Garant für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und somit der Stabilität Deutschlands sein muss.“

Eine rheinland-pfälzische komba Warnstreikgruppe unterstützte zeitgleich die zentrale dbb Demonstration in Bonn, an der rund 7 000 Beschäftigte teilnahmen.

> **Warnstreik in Ludwigshafen, 11. April 2018**

Auf dem Europaplatz versammelten sich gut 200 komba Demonstranten während des dortigen Warnstreiks. Ob die dritte Verhandlungsrunde auch platzt mit der möglichen Folge mehrtägiger oder unbesfristeter Streiks, „das liegt jetzt in der Hand der Arbeitgeber, sie tragen dafür die Verantwortung“, so Klaus Geiser, der Ehrenvorsitzende der komba rheinland-pfalz im „Rheinpfalz“-Interview am 10. April 2018. Angesprochen auf die Sparzwangargumente der öffentlichen kommunalen Arbeitgeber sagte er: „Der wegen der steigenden Verschuldung eingeschlagene Sparkurs darf nicht zulasten der Mitarbeiter gehen. Der eigentliche Skandal ist doch, dass die Neuordnung der kommunalen Finanzen seit Jahren nicht in Angriff genommen wird. Der Bund schreibt eine schwarze Null, aber Städten wie Ludwigshafen geht's immer schlechter. Die Sozialausgaben fressen uns auf. Die finanzielle Gesamtgemengelage ist völlig aus dem Lot!“

Betroffen vom Warnstreik war die gesamte Großregion, in der unter anderem kommunale Ver- und Entsorgungsbetriebe, Kitas, Jobcenter, der öffentli-

che Nahverkehr sowie der Straßenverkehrs- und -verwaltungsdienst im Ausstand waren.

> **Protest in Potsdam, 15. April 2018**

Damit insbesondere der kommunalen Arbeitgeberseite und dem neuen Verhandlungsführer des Bundes, Innenminister Horst Seehofer (CSU), am Verhandlungsort, zu Beginn der dritten und entscheidenden TVÖD-Verhandlungsrunde ein gewerkschaftspolitisch „gebührender“ Empfang bereitet werden konnte, wurden komba Mitglieder aus Frankenthal, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Worms und Ingelheim mobilisiert. Unter Federführung des komba Orts- und Kreisverbands Frankenthal wurde eine Fahrt nach Potsdam zum Kongresszentrum Templiner See organisiert, um die Stimmung vor Ort „live und in Farbe“ selbst mitzerleben.

Unter dem Motto „Wir handeln – andere reden!“ verstärkten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das dbb Angebot vor Ort, um den Verhandlern direkt und ungefiltert ihren Ärger über die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber, ihre Unzufriedenheit über die Bezahlung und ihre Sorge über die Zukunft des öffentlichen Dienstes deutlich zu machen.

Denn für die Protestierenden war klar: Wir lassen uns nicht länger hinhalten. Tag für Tag leisten wir trotz harter Bedingungen hervorragende Arbeit für die Allgemeinheit und das Gemeinwohl. Dafür darf uns die verdiente Anerkennung nicht vorenthalten werden.

Viele Stellen im öffentlichen Dienst bleiben bereits unbesetzt. Die Konkurrenz mit anderen öffentlichen Arbeitgebern und anderen Branchen ist hart. Deshalb muss jetzt schnell in konkurrenzfähige Bezahlung investiert werden. ■



NEU FÜR DBB-MITGLIEDER
Verkehrs-Rechtsschutz
schon ab 35,00 Euro/Jahr

Verkehrs-Rechtsschutz mit Top-Leistung

Damit Sie privat und dienstlich abgesichert sind

Mit der HUK-COBURG fahren dbb-Mitglieder sicher, gut und günstig:

Verkehrs-Rechtsschutz abschließen

Versichern Sie ein bestimmtes Fahrzeug oder alle Fahrzeuge der Familie! In jedem Fall sind Sie auch als Fahrer eines fremden Fahrzeugs geschützt – zum Beispiel in einem Dienst- oder Behördenwagen.

Auch in der Autoversicherung niedrige Beiträge zahlen

Der Verkehrs-Rechtsschutz ist die optimale Ergänzung zu Ihrer HUK-COBURG-Autoversicherung. Günstige Beiträge, faire Bedingungen und guter Service überzeugen: Aktuell sind bereits mehr als 10 Millionen Fahrzeuge bei uns versichert. Und als dbb-Mitglied profitieren Sie erst recht:

25-Euro-Bonus mitnehmen

dbb-Mitglieder erhalten einmalig 25 Euro, wenn sie als Neukunde ihren Pkw bei der HUK-COBURG haftpflchtig versichern.

Angebot anfordern

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie an: 0800 2 153153 – kostenlos aus deutschen Telefonnetzen.